

**Richtlinien zur Einführung der Änderungen
der ArbZVO-Lehr ab 1.4.2023, insbesondere
Langzeitausgleichskonto und
Vorgriffsstundenverpflichtung**

**Richtlinien zur Einführung der Änderungen der ArbZVO-Lehr ab 1.4.2023,
insbesondere Langzeitausgleichskonto und Vorgriffsstundenverpflichtung**

undatiert, nicht veröffentlicht

I. Allgemeines

1. Die nachfolgenden Bestimmungen und Maßgaben dienen als Übergangsregelung bis zur Umsetzung entsprechender Anpassungen im RdErl. „Zusatzstunden und flexibler Unterrichtseinsatz der Lehrkräfte an öffentlichen Schulen“ vom 9.6.2020.
2. Soweit Regelungen des o.g. Erlasses den Regelungen der ArbZVO-Lehr in der aktuellen Fassung oder den folgenden Bestimmungen entgegenstehen, gelten die Regelungen der ArbZVO-Lehr und die folgenden Bestimmungen.
3. Anstelle der in den Anlagen 1-3 zum o.g. RdErl. geführten Formulare sind nach folgenden Bestimmungen die hier in den Anlagen 1-5 geführten Formulare zu verwenden.

II. Vorgriffsstundenverpflichtung

1. Die Vorgriffsstundenverpflichtung nach 4b ArbZVO-Lehr betrifft grundsätzlich alle unbefristet beschäftigten Lehrkräfte. Der Vorgriff setzt durch den Grundsatz der Gutschrift auf dem Ausgleichskonto nach § 4a ArbZVO-Lehr einen langfristigen Abbauperioden voraus, der im befristeten Arbeitsverhältnis nicht vorliegt. Vor diesem Hintergrund entsteht die Vorgriffsstundenverpflichtung bei Seiteneinsteigenden mit einer Probezeitbefristung erst im Zeitpunkt der Entfristung des Arbeitsvertrages. Befristet beschäftigte Vertretungslehrkräfte sind aus diesem Grund ebenfalls generell nicht von der Vorgriffsstundenverpflichtung betroffen.
2. Von der Verpflichtung ausgenommen sind Lehrkräfte im Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 und 2 ArbZVO-Lehr, d.h. Lehrkräfte, deren Stundenzahl im betreffenden Schulhalbjahr aus Altersgründen ermäßigt ist.
3. Von der Verpflichtung sind ferner Lehrkräfte mit einem festgestellten Grad der Behinderung von mindestens 50 ausgenommen.
4. Nach § 4 Abs. 1 Satz 4 MuSchG sind auch schwangere oder stillende Frauen von der Vorgriffsverpflichtung ausgenommen.
5. Schließlich sind auch Lehrkräfte ausgenommen, deren Regelstundenzahl nach § 7 ArbZVO-Lehr wegen vorübergehend geminderter Dienstfähigkeit nach Vorlage eines amtsärztlichen Gutachtens befristet ermäßigt ist oder

die dauerhaft begrenzt dienstfähig sind (§ 46 LBG LSA i.V.m. § 27 BeamtStG; bzw. bei Tarifbeschäftigten § 33 Abs. 3 TV-L). Zur Fallgruppe der vorübergehend geminderten Dienstfähigkeit sind bei verbeamteten Lehrkräften auch Wiedereingliederungsmaßnahmen mit einem Wiedereingliederungsplan zu rechnen. Tarifbeschäftigte Lehrkräfte in der Wiedereingliederung gelten als arbeitsunfähig; für sie gilt unten Nr. IV.4.

6. Ein ärztliches Attest, dass aus gesundheitlichen Gründen keine Vorgriffsstunde geleistet werden könne, ist nicht ausreichend, soweit kein Fall einer Wiedereingliederung vorliegt (Vorrang BEM und Wiedereingliederungsplan).
7. Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst fallen nicht unter den Anwendungsbereich der ArbZVO-Lehr und sind daher nicht zur Leistung von Vorgriffsstunden verpflichtet.
8. Dagegen fallen Seiteneinsteigende im berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst in den Anwendungsbereich und sind grundsätzlich zur Leistung einer Vorgriffsstunde verpflichtet.
9. Auch Fach- und Fachpraxislehrkräfte sind grundsätzlich zur Leistung einer Vorgriffsstunde verpflichtet.

III. Teilzeitanpassungen nach § 4b Abs. 4 Satz 2 ArbZVO-Lehr

Laufende oder bereits fristgerecht beantragte Teilzeiten aus familiären Gründen gemäß §§ 65 oder 65a des Landesbeamtengesetzes sowie nach BEEG (Tarifbeschäftigte nach § 11 TV-L bzw. § 3 Pflegezeitgesetz oder § 2 Familienpflegezeitgesetz) können auf Antrag für den Zeitraum ab 1. April 2023 im Hinblick auf die Vorgriffsverpflichtung angepasst werden. Zur Vermeidung von Rückabwicklungen soll auf eine einvernehmliche Anpassung nur für die Zukunft hingewirkt werden.

IV. Unterrichtseinsatzplanung und Erfassung

1. Zur Erfassung der Vorgriffsstunde wird für das laufende Schuljahr das beigefügte angepasste Erfassungsf formular (Anlage 5) bereitgestellt.
2. Die Vorgriffsstunde ist in der Unterrichtsplanung durch die Schulleitung zwingend einzusetzen und konkret als solche im Einsatzplan auszuweisen, um einen Nachweis führen zu können, dass sie erteilt wurde.
3. Die Vorgriffsstunde wird isoliert erfasst. Eine Verrechnung mit vorhandenen Mehrzeitguthaben erfolgt nicht. Aus der Vorgriffsstundenverpflichtung können auch keine Minderzeiten resultieren.

4. Werden durch tarifbeschäftigte Lehrkräfte eingeplante Vorgriffsstunden wegen Erkrankung (§§ 3 und 3a Entgeltfortzahlungsgesetz) nicht erteilt, sind sie dennoch für den Zeitraum des Entgeltfortzahlungsanspruchs als erteilt zu erfassen. Das gilt nicht für Lehrkräfte im Beamtenverhältnis. Bei diesen werden wegen Erkrankung nicht erteilte Vorgriffsstunden nicht gutgeschrieben oder ausgezahlt.

V. Ausgleichskonto

1. Mehrzeiten des flexiblen Unterrichtseinsatzes und Zusatzstunden können auf Antrag, der jeweils bis zum 31.5. zu stellen ist (Anlagen 1 oder 3) dem Ausgleichskonto für den langfristigen Freizeitausgleich zugeführt werden. Erteilte Vorgriffsstunden werden dem Ausgleichskonto zugeführt, soweit kein Antrag auf monatliche Ausgleichszahlung gestellt wird (Anlage 4).
2. Der Stand des Ausgleichskontos soll der Lehrkraft mindestens einmal jährlich mitgeteilt werden (Anlage 2). Dabei ist der Beginn des planmäßigen Abbauperioden und ein Zeitpunkt anzugeben, bis wann spätestens eine Abbaueinbarung zu treffen ist. Weitergehende Ausführungsbestimmungen folgen durch gesonderten Erlass.

VI. Auszahlungen auf Antrag

1. Der Antrag nach Anlage 4 ist grundsätzlich bis zum 31.5. jeweils für das folgende Schuljahr zu stellen oder, sofern keine unbefristete Laufzeit beantragt ist, zu erneuern.
2. Mehrzeiten des flexiblen Unterrichtseinsatzes können auf Antrag, der jeweils bis zum 31.5. zu stellen ist (Anlage 3), ganz oder teilweise ausgezahlt werden.
3. Erteilte Zusatzstunden werden monatlich ausgezahlt oder auf Antrag dem Ausgleichskonto gutgeschrieben.

VII. Anlagen *(hier nicht abgedruckt)*

1. Zusatzstunden
2. Schuljahresstundennachweis
3. Anträge Mehrzeiten
4. Auszahlungsantrag Vorgriffsstunde

